

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT
FINANZ- UND WIRTSCHAFTSDIENST

13.12.1972 BEN/ag

H. R. K. W. H.
min. Ag. d. E.
Arbeitspapier

VERTRAULICH

KONFERENZ FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

T o u r i s m u s

1. Die Staaten des Warschauer Paktes haben in ihrer Prager Erklärung vom 26. Januar 1972 auch das Thema Tourismus als Punkt der Tagesordnung für die KSZE vorgeschlagen. Der Osten ist am Tourismus vor allem wegen den erwünschten Deviseneinnahmen interessiert. Die letzte NATO-Tagung hat auf die Wichtigkeit eines vermehrten Austausches von Personen und Ideen zwischen Ost und West hingewiesen.

Die meisten Staaten des COMECON haben einerseits in den letzten Jahren grosse Anstrengungen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur unternommen (Bau von Hotels, Campingplätzen, Organisierung von Reisen usw.). Auch haben Polen und die DDR untereinander als erste kommunistisch beherrschte Staaten den Visumswang abgeschafft; eine ähnliche verbesserte Freizügigkeit plant Polen auch mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien. Die gleiche Regelung gilt seit diesem Jahr auch zwischen Polen und Oesterreich. Oesterreich hat somit ausser mit Polen auch mit Jugoslawien und Rumänien den visumfreien Personenverkehr eingeführt. Die Erfahrung hat andererseits gezeigt, dass die Staaten Osteuropas in gewissen administrativen Vorkehrungen (wie Gewährung oder Verweigerung eines Reisepasses usw.) sehr wirksame Mittel zur Steuerung von



- 2 -

Auslandreisen ihrer Bürger (zum Teil auch innerhalb des eigenen Blocks) besitzen; eine wirksame Liberalisierung müsste -- wenn überhaupt -- also vor allem hier einsetzen.

Die im November 1972 im visum- und zollfreien Personenverkehr zwischen Polen und der DDR eingeführten verschärften Devisenbestimmungen haben gezeigt, dass die Oststaaten aus wirtschaftlichen Gründen (ganz abgesehen von den politischen Implikationen) von einer Freizügigkeit, wie wir sie seit Jahren in Westeuropa als selbstverständlich erachten, noch weit entfernt sind. Nur die Forderung nach einer behutsamen und schrittweisen Liberalisierung des Personenverkehrs hat demnach Aussicht auf Erfolg. Die praktische Verwirklichung einer ausgedehnten Freizügigkeit könnte zu dem von verschiedenen westlichen Staaten geforderten vermehrten Austausch von Ideen und Personen (ideelles und humanitäres Postulat) beitragen. Ihre Tragweite wäre nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ideeller und schliesslich auch politischer Natur.

2. Die Schweiz ist in West und Ost als ein traditionsreiches Touristenland bekannt. Der Tourismus stellt einen wichtigen Aktivposten in der Zahlungsbilanz unseres Landes dar. Als politisch neutrales Land haben wir eine lange Tradition der offenen Grenzen gegenüber Teilnehmern an Konferenzen und Touristen aus aller Welt. Während sich in den letzten Jahren immer mehr Schweizer Touristen namentlich in die Sowjetunion begeben haben, hatten wir vor dem 2. Weltkrieg in umgekehrter Richtung einen weit bedeutenderen Touristenstrom aus den europäischen Oststaaten in die Schweiz zu verzeichnen als dies heute der Fall ist. Zur Illustration seien folgende zwei Tabellen über die Anzahl der Logiernächte erstellt:

a) Logiernächte osteuropäischer Touristen in der Schweiz:

	1938	1968	1969	1971
Tschechoslowakei	119'141	96'781	92'405	29'896
Ungarn	88'215	32'915	39'196	38'767
Sowjetunion *)	12'522	29'323	28'820	47'481
Polen	50'775	21'322	22'565	23'866
Rumänien	38'000	12'688	14'274	13'560
Jugoslawien	30'739	61'986	90'824	112'737
Bulgarien	6'224	8'439	8'558	9'073

*) Für die Sowjetunion müsste man auf die Logiernächte vor dem 1. Weltkrieg (also vor der Oktober-Revolution) abstellen; entsprechende Zahlen sind aber nicht verfügbar.

b) Logiernächte schweizerischer Touristen in Osteuropa:

	1968	1969	1971
Tschechoslowakei	102'720	109'012	100'520
Ungarn	38'900	64'550	96'190
Sowjetunion **)	7'290	8'990	11'220
Polen	17'245	17'692	16'810
Rumänien	64'305	74'494	72'300
Jugoslawien	385'714	548'942	805'900
Bulgarien	38'130	36'920	40'630

**) Grenzübertritte, keine Angaben über Logiernächte erhältlich.

Anlässlich unseres Wirtschaftsabkommens mit der Tschechoslowakei vom 7. Mai 1971 hat die schweizerische Delegation in einem vertraulichen Briefwechsel die tschechoslowakische Seite darauf aufmerksam gemacht, dass für die schweizerische Regierung "die Förderung des Reiseverkehrs von grosser Bedeutung" ist.

- 4 -

3. Die Schweiz sollte eine eigene Stellungnahme zu einem eventuellen Traktandum "Tourismus" an der KSZE vorbereiten. Vom Osten könnte u.a. gefordert werden:

- Zulassung westlicher Reiseagenturen mit Propagandamaterial;
- Möglichkeiten für westliche Investitionen im touristischen Sektor (Hotels usw.);
- Die Oststaaten sollten ausserdem zu schrittweisen Erleichterungen der Freizügigkeit gegenüber dem Westen eingeladen werden. Hiefür sollten die Devisenzuteilungen für Westreisen in den einzelnen Ostländern (gemäss OECD-Empfehlungen) erhöht und die Visumvorschriften - vorerst etwa für neutrale Länder - gelockert werden.

Erwin Bunderf

Vor allem die Passabgabe in den Oststaaten erhält. In der Schweiz nur derjenige ein Pass des vom Regime als gesund und politisch nicht erachtet wird.

2